

K-1 Flächendeckende Gesundheitsversorgung sichern – die Zukunft braucht neue Ideen!

Antragsteller*in: Landesfachgruppe Soziales

Tagesordnungspunkt: 3. Schwerpunkt: Flächendeckende Gesundheitsversorgung sichern

Antragstext

1 Das Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse in unserem Land ist im Bereich
2 der Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen eine große Aufgabe.

3 Wir erleben im Moment in Sachsen-Anhalt große Sorge um die Hausarztichte,
4 regional unterschiedlich einen Mangel an verfügbaren Pflegeplätzen und
5 ambulanten Pflegedienstleistern und eine ausgewachsene Klinikkrise. Für BÜNDNIS
6 90/DIE GRÜNEN ist klar – wenn wir die Versorgung der Menschen im Land auch unter
7 den Bedingungen des demografischen Wandels dauerhaft sichern wollen, brauchen
8 wir neue Ideen und kluge Antworten auf diese Herausforderung.

9 Für folgende Vorhaben setzen wir uns deshalb ein:

10 1. Als Reaktion auf die im Moment krisenhaft erscheinende Situation der
11 Krankenhäuser im Land soll die Landesregierung unverzüglich einen
12 Klinikgipfel einberufen. Hier sollen alle Akteure – Träger, Kostenträger,
13 Patient*innenvertreter*innen, Pflegevertreter*innen, Landkreise, politisch
14 Verantwortliche – die aktuelle Situation der Kliniken in Sachsen-Anhalt
15 evaluieren, Sofortmaßnahmen vorschlagen und strategische Vorschläge
16 entwickeln.

17 2. Die 47 heutigen Krankenhausstandorte in Sachsen-Anhalt sollen als
18 Standorte für die Gesundheitsversorgung grundsätzlich erhalten bleiben.
19 Sie sichern Erreichbarkeit im ganzen Land.

20
21 Bereiche wie allgemeine internistische Behandlung, allgemeine Pädiatrie,
22 einfache Notfallversorgung und Geburtshilfe sind für uns als
23 Basisversorgung für Alle schnell erreichbar notwendig. Dabei wird nicht
24 mehr jedes Klinikum als Vollversorger fungieren können. Gerade der Abbau
25 lukrativer Spezialabteilungen wird jedoch den Betrieb von Krankenhäusern
26 unrentabel machen. Es ist Aufgabe von Politik dort trotzdem die Versorgung
27 zu sichern. Wir schlagen vor, dafür neue Wege zu gehen und in Verhandlung
28 mit den Kostenträgern und wo nötig als Modellprojekte neue
29 Versorgungsformen zu erproben und zu installieren.

30
31

32 • Sektorübergreifende Kooperation (ambulant/stationär) kann einerseits
33 in kleinen Abteilungen ärztliches Fachpersonal sichern, andererseits
34 dem ambulanten Facharztmangel sinnvoll etwas entgegen setzen.

- 35 • Kooperation mit Pflegeeinrichtungen kann in Verbindung mit
36 angestellten Ärzten gerade in der Basisversorgung sinnvoll sein.
37 Dieser Gedanke ist vor allem vor dem Hintergrund des neuen
38 Berufsbildes in der Pflege (generalistische Ausbildung)
39 zukunftsweisend.
- 40 • Portalkliniken können die Erst- und Notversorgung in der Fläche
41 sichern. In Kooperation z.B. mit Pflegeeinrichtungen
42 (Kurzzeitliegeplätze) wären in einfachen Fällen Verlegungen in
43 größere Häuser sogar unnötig. Portalkliniken können ihr Potential
44 nur ausspielen, wenn die Kooperation zwischen den Krankenhäusern
45 ausgebaut und die Digitalisierung vorangetrieben wird.
- 46 • Die Digitalisierung im Gesundheitsbereich bietet viele Chancen für
47 eine bessere Verzahnung der Leistungen, für kollegialen Austausch
48 und bessere Erreichbarkeit für die Patient*innen. Daher braucht es
49 im Land eine zentrale Schnittstelle für die Weiterentwicklung der
50 Digitalisierung im Gesundheitsbereich. Wir wollen die Einrichtung
51 einer landesweite Stelle, die Aktivitäten bündelt, Modellprojekte
52 anstößt und begleitet und entsprechende technische Kompetenzen
53 aufbaut, um Akteure im Feld zu beraten.
- 54 • Der „Hebammengeleitete Kreissaal“ ist ein Modell um Geburtshilfe
55 einerseits durch höhere Attraktivität des Hebammenberufes und
56 andererseits durch anderen Personaleinsatz zu sichern. Dieses Modell
57 soll ausgeweitet werden und flächendeckend zum Einsatz kommen.
- 58 • Beim Wegfall von Spezialbehandlungsplätzen und notwendigen längeren
59 Rettungs- und Transportwege ist regelmäßig eine Anpassung und
60 Fortschreibung der Bedarfsplanung im Bereich des luftgebundenen
61 Rettungsdienstes notwendig.
62

63 3. Das Land Sachsen-Anhalt muss zukünftig seiner Verpflichtung zur
64 Investitionsfinanzierung in den Kliniken nachkommen. Auch die jahrelange
65 Unterfinanzierung hat zur strukturellen Destabilisierung der Kliniken im
66 Land beigetragen. Die Kompensierung aus der Krankenhausfinanzierung der
67 Träger wird zukünftig schwerer, da seit Beginn des Jahres die
68 Personalmittel, jahrelang geplanter Puffer, nicht mehr pauschal in den
69 Abrechnungspauschalen (DRGs) sondern konkret gezahlt werden. Zudem fällt
70 es Kliniken zunehmend schwer, Investitionen kreditfinanziert zu
71 realisieren.

72
73 Zudem fordern wir die Bundesregierung zu einer Reform des Systems der
74 Krankenhausfinanzierung auf. Das DRG-System schwächt kleine Standorte mit
75 Grundversorgung vor allem im ländlichen Raum und im Zwei-Säulen-Modell
76 sind gerade für strukturschwächere Länder notwendige Investitionen schwer
77 zu finanzieren.

78 4. Wir wollen, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrem Zuhause wohnen
79 und leben können. Dafür wollen wir die Pflege im Quartier weiter stärken.
80 Das neu geschaffene Beratungsangebot für die Kommunen zur
81 Quartiersentwicklung begrüßen wir. Wohnortnahe dezentrale Pflegesettings
82 sind mit einem Landesaktionsplan zu untersetzen und zu befördern. Damit

83 beugen wir Pflegebedürftigkeit, unnötigen Krankenhausaufenthalten und
84 erzwungenen Heimaufenthalten vor. Um Heimeinweisungen nach
85 Krankenhausaufenthalten zu reduzieren wollen wir die Tagespflege für
86 Kliniken öffnen. So kann der Übergang vom Krankenhaus in ein Pflegesetting
87 mit mehr Ruhe und Selbstbestimmung geplant werden.

88 5. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt stehen solidarisch an der Seite der
89 streikenden Beschäftigten bei AMEOS. Wir fordern die Landesregierung auf,
90 in jeder geeigneten Form darauf hinzuwirken, dass der Klinikkonzern
91 soziale und arbeitsrechtliche Standards einhält.

92 6. Wir erwarten vom Land Sachsen-Anhalt, dass es alles unternimmt, die
93 Landkreise in Wahrnehmung ihrer Aufgabe in der Sicherstellung der
94 Gesundheitsversorgung bei Seite zu stehen. Dazu gehört auch, gemeinsam
95 Wege zu finden, kommunale Kliniken zu sichern, wo sie in Schieflage
96 geraten. Das bedeutet auch, Landkreise bei Überlegungen zur
97 Rekommunalisierung von Kliniken zu unterstützen.

98
99 Wir stehen zur Trägervielfalt in der Gesundheitsversorgung – Grundprinzip
100 muss aber sein, dass kein Geld aus den Kliniken zu anderen Zwecken
101 abgeführt wird. Jeder Euro, der aus Land, Bund und den Krankenkassen für
102 die Gesundheitsversorgung fließt, muss auch für Gesundheitsversorgung
103 ausgegeben werden.

104
105 Wir unterstützen Kooperation und Trägerverbände.

106 Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt ist die Sicherung der medizinischen
107 Versorgung im gesamten Land eine der zentralen gesundheitspolitischen Aufgaben
108 unserer Zeit. Nur mit einer funktionierenden Gesundheitsversorgung bleibt
109 Sachsen-Anhalt auch im ländlichen Raum lebenswert.